

Cristina
Lafont

Unverkürzte
Demokratie

Eine Theorie
deliberativer
Bürger-
beteiligung

Suhrkamp

SV

Cristina
Lafont
Unverkürzte
Demokratie

Eine Theorie deliberativer
Bürgerbeteiligung

Aus dem Englischen
von Bettina Engels und
Michael Adrian

Suhrkamp

Titel der Originalausgabe: *Democracy without Shortcuts. A Participatory Conception of Deliberative Democracy*, Oxford: Oxford University Press 2020.

Die Arbeit der Übersetzerinnen am vorliegenden Text wurde vom Deutschen Übersetzerfonds gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2021

© dieser Ausgabe Suhrkamp Verlag Berlin 2021

© Cristina Lafont 2020

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-58764-5

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Einleitung. Demokratie für uns Bürger | 11 |
| I. Warum deliberative Demokratie? | 35 |
| 1. Das demokratische Ideal der Selbstregierung | 37 |
| 1.1 Politische Gleichheit versus demokratische Kontrolle: Das Problem blinder Überantwortung | 39 |
| 1.2 Demokratie aus partizipatorischer Perspektive | 49 |
| 1.3 Teilnehmer- versus Beobachterperspektive | 64 |
| 2. Radikalpluralistische Demokratiekonzeptionen | 67 |
| 2.1 Die radikalpluralistische Lösung für das Problem der Uneinigkeit: Die prozedurale Abkürzung | 70 |
| 2.2 Die radikalpluralistische Lösung für das Problem politischer Entfremdung: Hinnehmen oder aufgeben | 87 |
| 2.3 Kann der Dissens beliebig tief reichen? | 102 |
| 2.4 Die agonistische Kritik an der Politik deliberativer Verständigung | 119 |
| II. Warum partizipatorische deliberative Demokratie? | 135 |
| 3. Rein epistemische Demokratiekonzeptionen | 137 |
| 3.1 Die Elitenepistokratie und das Versprechen besserer Ergebnisse: Die expertokratische Abkürzung | 144 |
| 3.2 Demokratische Epistokratie und das Ideal der Selbstregierung | 160 |

| | |
|---|-----|
| 4. Lottokratische Konzeptionen deliberativer Demokratie ... | 179 |
| 4.1 Deliberation versus Bürgerbeteiligung: Die mikrodeliberative Abkürzung | 193 |
| 4.2 Die Illusion von Demokratie oder »Vorsicht vor Usurpatoren!« | 208 |
| 4.3 Keine Abkürzungen: Zurück zur makrodeliberativen Strategie | 236 |
| 5. Lottokratische Institutionen aus partizipatorischer Perspektive | 243 |
| 5.1 Das demokratische Argument für den politischen Gebrauch von Mini-Öffentlichkeiten | 244 |
| 5.2 Deliberatives Aktivistentum: Einige partizipatorische Verwendungsweisen von Mini-Öffentlichkeiten | 257 |
| 6. Eine partizipatorische Konzeption deliberativer Demokratie: Gegen Abkürzungen | 280 |
| 6.1 Die demokratische Bedeutung politischer Deliberation: Gegenseitige Rechtfertigung | 283 |
| 6.2 Würde die gegenseitige Rechtfertigung zu viele freie Abende kosten? Eine erste Bestimmung des angemessenen Umfangs öffentlicher Deliberation | 297 |
| 6.3 Noch einmal zum Einwand der Überforderung: Hypothetische, aspirationale und institutionelle Modelle der gegenseitigen Rechtfertigung | 312 |
| III. Eine partizipatorische Konzeption der öffentlichen Vernunft | 329 |
| 7. Kann öffentliche Vernunft inklusiv sein? | 331 |
| 7.1 Die Debatte um die Rolle der Religion in der Öffentlichkeit | 336 |

| | | |
|-----|--|-----|
| 7.2 | Politische Rechtfertigung und die Religiös/säkular- Unterscheidung: Exklusions-, Inklusions- und Übersetzungsmodelle | 343 |
| 7.3 | Und wenn die Religion kein Sonderfall ist? Politische Rechtfertigung jenseits der Religiös/säkular- Unterscheidung | 354 |
| 7.4 | Die Konzeption politischer Rechtfertigung im Sinne der öffentlichen Vernunft aus einer institutionellen Perspektive | 363 |
| 8. | Bürger in Roben | 379 |
| 8.1 | Die Normenkontrolle als expertokratische Abkürzung: Ermächtigung des Volkes versus blinde Überantwortung an Richterinnen | 380 |
| 8.2 | Die demokratische Rechtfertigung der Normenkontrolle: Eine partizipatorische Interpretation | 385 |
| 8.3 | Können wir uns die Verfassung zu eigen machen? Eine Verteidigung des partizipatorischen Konstitutionalismus | 405 |
| | Danksagung | 419 |
| | Literaturverzeichnis | 422 |
| | Namenregister | 442 |
| | Sachregister | 444 |

Für Jürgen Habermas

Einleitung

Demokratie für uns Bürger

Neueren empirischen Untersuchungen zufolge sind die Vereinigten Staaten keine Demokratie mehr. Technisch gesehen sind sie eine Oligarchie. Zu diesem alarmierenden Schluss kamen Benjamin Page und Martin Gilens, indem sie einen simplen Demokratiestandard anlegten: Sie werteten aus, in welchem Maß politische Präferenzen und Überzeugungen einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die öffentliche Politik beeinflussen.¹ Ihre Untersuchung deutet darauf hin, dass dieser Einfluss erstaunlich gering ist. Sie konstatieren zwar, dass es immer noch eine *gewisse* Überein-

- 1 Vgl. Benjamin I. Page, Martin Gilens, »Testing Theories of American Politics. Elites, Interest Groups, and Average Citizens«, in: *Perspectives on Politics* 12 (2014), S. 564-581, und Dies., *Democracy in America? What Has Gone Wrong and What We Can Do about It*, Chicago 2017. Wie wir noch sehen werden, stützen sich deliberative Demokraten auf ein komplexeres Kriterium demokratischer Kontrolle als politische Ansprechbarkeit, also die Orientierung der politischen Ergebnisse an der *aktuellen* öffentlichen Meinung (d. h. den spontanen Präferenzen der Bürger). Für sie ist die Orientierung an der *wohlüberlegten* öffentlichen Meinung entscheidend. Doch der von Page und Gilens erbrachte Nachweis, dass die Ansichten der Bürger und die reale Politik weit auseinanderklaffen, lässt wenig Zweifel daran, dass das derzeitige politische System der USA auch dieses anspruchsvollere Kriterium demokratischer Legitimität nicht erfüllt. Eine aufschlussreiche Analyse der grundlegenden Differenzen zwischen den unterschiedlichen Konzeptionen politischer Ansprechbarkeit, wie sie empirische und normative Demokratietheorien vertreten, findet sich bei Andrew Sabl, »The Two Cultures of Democratic Theory. Responsiveness, Democratic Quality, and the Empirical-Normative Divide«, in: *Perspectives on Politics* 13 (2015), S. 345-365. Empirische Belege für die weitgehende Entkopplung dessen, was Politiker als die politischen Präferenzen ihrer Wähler im Hinblick auf wichtige Themen wahrnehmen, von den tatsächlichen Präferenzen der letzteren finden sich bei David E. Broockman und Christopher Skovron, »Bias in Perceptions of Public Opinion among Political Elites«, in: *American Political Science Review* 112 (2018), S. 542-563.

stimmung zwischen den Ansichten der Bürger und der realen Politik geben kann, allerdings nur dann, wenn das, was die meisten Bürger wollen, auch das ist, was die Oligarchen wollen.² Anders als es das demokratische Ideal der Selbstregierung verlangen würde, richtet sich die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten aber keineswegs nach den Interessen, den Meinungen und dem Denken der meisten ihrer Bürgerinnen. In einem technischen Sinne sind die USA also keine Demokratie mehr.

Nun besteht durchaus Anlass zu der Sorge, dass diese Diagnose auch für viele andere vordergründig demokratische Länder gilt. Seit Jahrzehnten schon beklagt man das »Demokratiedefizit« der EU. Die griechischen Parlamentswahlen von 2015 stellen vielleicht das offensichtlichste Beispiel für dieses Defizit dar: Hier wurde eine bestimmte Partei wegen eines bestimmten Wirtschaftsprogramms von einer Mehrheit der Bürgerschaft demokratisch gewählt. Statt dieses Programm allerdings in die Tat umzusetzen, betrieb die neue Partei am Ende jedoch wieder genau dieselbe Sparpolitik, die eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gerade abgewählt hatte. Die Ergebnisse der jüngsten europäischen Wahlen (wie in Italien) und Referenden (etwa des Brexits) bestätigen diesen negativen Trend. Die Bürger fühlen sich von ihren politischen Institutionen im Stich gelassen und nicht mehr repräsentiert. Diese wachsende Unzufriedenheit weist darauf hin, dass es überall höchste Zeit ist, die demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Bevölkerung zu stärken. Und es ist ja genau der allgemeine Wunsch, *to take back control*, der gegenwärtig zu einem solchen Aufschwung des Populismus geführt hat. Die populistischen Angriffe auf die traditionellen Ideale und Institutionen der Demokratie machen aber auch deutlich, warum wir uns im Hinblick auf die Demokratie nicht in Sicherheit wiegen dürfen. Zahlreiche Titel jüngerer Veröffentlichungen – *Der Zerfall der Demokratie, Wie Demokratien sterben, Authoritaria-*

2. Bezüglich des Unterschieds zwischen »Übereinstimmung« und »mitwirkendem Einfluss« vgl. Niko Kolodny, »Rule Over None I. What Justifies Democracy?«, in: *Philosophy and Public Affairs* 42 (2014), S. 195-229, hier S. 199 f.

*nism in America, So endet die Demokratie*³ – zeugen von einer Sorge um die Demokratie beziehungsweise um die Gefahr einer demokratischen »Entkonsolidierung«; eine Sorge, die auch unsere bisher tiefsitzende Überzeugung untergräbt, die Demokratie sei eine unhintergehbare Errungenschaft.⁴

Die zugrundeliegende Befürchtung – der Bürger wie der Wissenschaftlerinnen – ist offenbar, dass das Grundgerüst der Rechte und Chancen auf politische Mitgestaltung, das demokratische Gesellschaften ihren Bürgerinnen gewähren, derzeit an politischer Bedeutung verliert.⁵ Diese Rechte und Chancen scheinen nicht mehr hinreichend zu gewährleisten, dass Bürger auch wirklich die Möglichkeit haben, die Politik, der sie unterworfen sind, mitzugestalten und als ihre eigene zu betrachten. Angesichts der mangelnden Ansprechbarkeit des politischen Systems für seine Bürger können sich diese nicht mehr als gleichberechtigte Partner in einem demokratischen Projekt der Selbstregierung begreifen. Auch wenn sie nach wie vor alle formalen Rechte demokratischer Teilhabe genießen, verlieren diese Rechte doch gerade ihren »fairen Wert« – um einen Ausdruck von John Rawls zu gebrauchen.⁶ Es scheint vor diesem Hintergrund also notwendig zu sein, den fairen Wert der gegenwärtigen

3 Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, übers. von Bernhard Jendricke, München 2019; Steven Levitsky, Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, übers. von Klaus-Dieter Schmidt, München 2018; Cass R. Sunstein (Hg.), *Can It Happen Here? Authoritarianism in America*, New York 2018; David Runciman, *So endet die Demokratie*, übers. von Ulrike Bischoff, Frankfurt/M. 2020.

4 Vgl. beispielsweise Roberto Stefan Foa, Yascha Mounk, »The Danger of Deconsolidation. The Democratic Disconnect«, in: *Journal of Democracy* 27 (2016), S. 5-17. Besorgniserregende empirische Belege für die Hypothese, dass wir seit den 1990er Jahren mit einer dritten Welle der Autokratisierung konfrontiert sind, finden sich in Anna Lührmann, Staffan I. Lindberg, »A Third Wave of Autocratization Is Here. What Is New about It?«, in: *Democratization*, März 2019, (<https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1582029>), letzter Zugriff 11. 5. 2020.

5 Eine pessimistische Diagnose, die die Aushöhlung demokratischer Rechte als eine dauerhafte neue politische Konstellation beschreibt, stellt Colin Crouch, *Postdemokratie*, übers. von Nikolaus Gramm, Frankfurt/M. 2008.

6 Rawls' Erstem Grundsatz der Gerechtigkeit zufolge müssen die politischen Freiheiten der Bürgerinnen ihren fairen Wert behalten, d.h. Bürgerinnen sollten im Hinblick auf diese Rechte nicht nur formal, sondern substantiell gleichberechtigt sein.

tigen Bürgerrechte und die realen Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik zu vergrößern, um Demokratiedefiziten zu begegnen. Damit sich der politische Prozess wieder *mehr nach den* Interessen, Meinungen und politischen Zielen der Bürgerinnen und Bürger *richten* kann, sollten demnach institutionelle Reformen deren Möglichkeiten zu einer Beteiligung an Entscheidungsprozessen, die die Politik auch wirklich beeinflussen, möglichst stärken und nicht schwächen.⁷

Obwohl dies den intuitiven Kernsinn der Klagen über Demokratiedefizite – von Bürgerinnen, politischen Organisationen und Wissenschaftlerinnen – ausmacht, finden genau diese Bedenken in den wichtigsten demokratietheoretischen Debatten keinen ausreichenden Niederschlag. Versucht man nämlich, sich im Feld normativer Demokratietheorien einen Überblick darüber zu verschaffen, wie demokratische Institutionen gestärkt beziehungsweise wie umgekehrt Demokratiedefizite verringert werden könnten, erkennt man schnell, dass schon bei der Frage, was das Ideal der Demokratie eigentlich verlangt, große Uneinigkeit herrscht. Nicht anders verhält es sich im Hinblick auf die daran anknüpfende Frage, welche institutionellen Reformen heutige Gesellschaften dem Ideal der Demokratie näherbrächten. Im Folgenden möchte ich diese Debatte um die Formulierung und Begründung einer partizipatorischen Interpretation deliberativer Demokratie ergänzen.⁸ Erst mit ihrer Hilfe lässt

Vgl. John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, übers. von Hermann Vetter, Frankfurt/M. 1979, § 36.

7 Zum spezifischen Begriff der »Ansprechbarkeit«, für den sich deliberative Demokraten aussprechen, siehe oben, Anm. 1.

8 Es gibt eine umfangreiche Literatur zur deliberativen Demokratie, in der viele unterschiedliche Ansätze verfolgt werden. Einige Beispiele hierfür sind: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, NJ 1996; Samantha Besson, José Luis Martí (Hg.), *Deliberative Democracy and Its Discontents*, Aldershot, 2006; James Bohman, William Rehg (Hg.), *Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics*, Cambridge, MA, UK 1999; John S. Dryzek, *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations*, Oxford 2000; Jon Elster (Hg.), *Deliberative Democracy*, Cambridge 1998; James S. Fishkin, Peter Laslett (Hg.), *Debating Deliberative Democracy*, Oxford 2003; Amy Gutmann, Dennis Thompson, *Why Deliberative Democracy?*, Prince-

sich meines Erachtens das demokratische Potential neuerer institutioneller Reformvorschläge beurteilen, die sich gegenwärtig unter Demokratietheoretikerinnen immer größerer Beliebtheit erfreuen. Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem zeigen, dass einige Vorschläge, die gerne als demokratische Verbesserungen angepriesen werden, die heutigen Demokratiedefizite nicht nur nicht beseitigen, sondern möglicherweise sogar verschärfen würden. Der Weg in eine undemokratische Hölle könnte durchaus mit guten demokratischen Vorsätzen gepflastert sein.

Vorschläge zu einer Reform der bestehenden demokratischen Institutionen werden oft als praktische »Abkürzungen« für die Lösung schwieriger Probleme des demokratischen Regierens verkauft. Dagegen möchte ich deutlich machen, dass derart abkürzende Verfahren, durch die man die öffentliche Deliberation über politische Entscheidungen zu umgehen versucht, unser grundlegendes Festhalten am demokratischen Ideal der Selbstregierung nur noch weiter erschweren würden. Durch solche verkürzten Verfahren würde nämlich noch weniger gewährleistet, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger die Institutionen, Gesetze und Regelungen, denen sie unterworfen sind, gleichermaßen zu eigen machen und sich mit ihnen identifizieren können. Dieses Festhalten am demokratischen Ideal ist in pluralistischen Gesellschaften recht mühsam und ein zerbrechliches Gut. Die Versuchung ist somit groß, eine solche Selbstverpflichtung einfach zu »überspringen« und abkürzende Verfahren zu wählen, mit denen politische Entscheidungen aus dem öffentlichen Raum herausgehalten werden können, um Schwierigkeiten wie die Überwindung fundamentaler Meinungsverschiedenheiten, die politische Ignoranz der Bürgerinnen und Bürger oder eine qualitativ schlechte Deliberation im öffentlichen Raum zu umgehen.⁹ Wie ich aber zei-

ton, NJ, 2004; Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M. 1992, Kap. VII u. VIII; Stephen Macedo (Hg.), *Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement*, New York 1999; einen allgemeineren Überblick geben André Bächtiger u. a. (Hg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*, Oxford 2018.

9 Alle Abkürzungen, die ich in diesem Buch diskutiere, werden als Lösungen für ver-

gen möchte, würden die ausschließenden und entfremdenden Konsequenzen jener »Abkürzungen« zu einer Erosion der gegenseitigen Empathie und staatsbürgerlichen Solidarität zwischen den Bürgern führen. Die Demokratie kann allerdings auf diese Ressourcen nicht verzichten. Das demokratische Ideal, sich wechselseitig als Freie und Gleiche zu behandeln, lebt von der Selbstverpflichtung, einander von der Vernünftigkeit allgemein verbindlicher politischer Entscheidungen zu überzeugen, und dieses Ideal verkümmert, wenn wir uns gegenseitig schlicht zu Gehorsam nötigen. Nur wenn sich Bürgerinnen und Bürger wirklich verpflichtet fühlen, einander zu überzeugen, können sie sich mit den Institutionen, Gesetzen und Regelungen, denen sie unterworfen sind, auch weiterhin *identifizieren* und sie ohne Entfremdung *als ihre eigenen begreifen*. Der gegenwärtige Aufstieg des Populismus zeigt an, welche Gefahr Demokratien droht, die diese Bedenken kurzerhand in den Wind schlagen. Im Rahmen dieser »Abkürzungsvorschläge« wird außerdem blauäugig unterstellt, dass eine politische Gemeinschaft zu besseren Ergebnissen käme, wenn sie die realen Überzeugungen und Einstellungen ihrer eigenen Bürger außer Acht ließe. Doch leider gibt es keine Schnellverfahren, um eine politische Gemeinschaft besser zu machen als ihre Mitglieder, so wenig wie eine Gemeinschaft Fortschritte erzwingen kann, indem sie ihre Bürgerinnen und Bürger übergeht. Der *einzigste Weg*, um zu politisch besseren Ergebnissen zu gelangen, ist der lange partizipatorische Weg: wenn Bürgerinnen dadurch zu einem kollektiven politischen Willen finden, dass sie ihre Mitbürgerinnen

meintlich unüberwindliche Schwierigkeiten präsentiert: zur Überbrückung substantieller Meinungsverschiedenheiten (von Seiten der radikalen Pluralisten), als Mittel gegen die Ignoranz der Bürgerinnen und Bürger (seitens der Epistokraten) oder im Sinne einer Verbesserung der Qualität staatsbürgerlicher Deliberation (seitens deliberativer Lottokraten). Ich möchte zeigen, dass keine der vorgeschlagenen Abkürzungen ihr Versprechen wirklich einzulösen vermag, damit Demokratietheoretiker endlich aufhören, nach Hauruckverfahren zu suchen, und sich stattdessen um innovative Lösungen für die *eigentlichen Probleme* bemühen, die hinter den gegenwärtigen Demokratiedefiziten stecken. Was ich sage, sollte nicht als idealistische oder optimistische Botschaft missverstanden werden. Mein Vorschlag ist vielmehr der realistischen Einsicht geschuldet, dass nichts anderes funktionieren wird.

und Mitbürger im Herzen und Denken davon überzeugen, ihre Einstellungen zu ändern. Das Bekenntnis zur Demokratie *besteht* einfach in der Einsicht, dass es keine Abkürzungen gibt. So mühsam, fragil und risikoreich der Prozess des gegenseitigen Rechtfertigens politischer Entscheidungen durch eine öffentliche Deliberation auch sein mag – wir werden dem demokratischen Ideal keinen Deut näher kommen, wenn wir diesen Prozess überspringen. Tatsächlich würden wir uns dadurch nur noch weiter von ihm entfernen.

Diese spezielle These wird im Folgenden meine gesamte Argumentation in zwei wesentlichen Hinsichten leiten und beschränken: Zunächst einmal basiert die von mir vertretene partizipatorische Interpretation deliberativer Demokratie auf einer, wie man sagen könnte, »ökumenischen« Deutung des demokratischen Ideals der Selbstregierung. Ich habe nicht die Absicht, eine voll ausgearbeitete Bestimmung oder gar Letztbegründung der zentralen Werte dieses Ideals zu liefern. Mein »ökumenischer« Ansatz soll vielmehr für Leserinnen und Leser mit einem jeweils ganz unterschiedlichen Verständnis dieser Werte, ihrer relativen Bedeutung, ihrer internen Verbindungen und so weiter attraktiv sein.¹⁰ Das ist insofern wichtig, als mein Argument gegen konkurrierende Demokratiekonzeptionen (und die sich aus ihnen ergebenden Reformvorschläge) darauf hinausläuft, dass es diesen konkurrierenden Konzeptionen nicht gelingt, dem demokratischen Ideal der Selbstregierung *unter gleich welcher plausiblen Interpretation dieses Ideals* gerecht zu werden. Leserinnen müssen also die besondere Konzeption deliberativer Demokratie, die ich im zweiten Teil des Buches entfalte, keinesfalls akzeptieren, um meine Kritik an den anderen Konzeptionen (und ihren entsprechenden Reformvorschlägen) in seinem ersten Teil überzeugend zu finden. Doch darüber hinaus möchte ich zeigen, dass man

¹⁰ Für unterschiedliche Lesarten der Werte von Gleichheit, Freiheit und demokratischer Kontrolle im Herzen des demokratischen Ideals vgl. Thomas Christiano, *The Constitution of Equality. Democratic Authority and Its Limits*, Oxford 2008; Axel Honneth, *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin 2013; Philip Pettit, *On the People's Terms. A Republican Theory and Model of Democracy*, Cambridge 2012.

den wichtigen Bedenken, die von jeder dieser alternativen Demokratiekonzeptionen zum Ausdruck gebracht werden, besser durch ein partizipatorisches Verständnis deliberativer Demokratie Rechnung trägt. So gesehen hat meine Analyse der alternativen Konzeptionen nicht nur einen negativen Sinn: Indem ich die demokratischen Bedenken all dieser Ansätze durcharbeite, kann ich zeigen, dass Vertreterinnen der genannten Ansätze nach ihren eigenen Maßstäben gute Gründe haben, die von mir entwickelte Konzeption zu befürworten. Zweitens versuche ich angesichts meiner argumentativen Ziele, weder eine Rechtfertigung des demokratischen Ideals der Selbstregierung an sich noch eine Rechtfertigung der Demokratie als einer nichtdemokratischen Konkurrenten überlegenen Form der politischen Organisation zu geben. Sowohl bei der Entfaltung dessen, was das demokratische Ideal der Selbstregierung nach meinem Verständnis beinhaltet, als auch im Rahmen meiner Begründung, dass alternative Interpretationen dieses Ideals ihm in Wirklichkeit nicht gerecht werden können, setze ich die Zugkraft des Ideals der Selbstregierung für demokratische Staatsbürger voraus.

Angesichts der zuvor angedeuteten Entwicklungen mag die Beschränkung, die ich mir damit auferlege, besonders unzeitgemäß erscheinen. Wem um die Demokratie nicht bange ist, dem mag es so vorkommen, als würde ich mit der Explikation des demokratischen Ideals der Selbstregierung Eulen nach Athen tragen; und das ausgerechnet in einer Zeit, in der das oberste Gebot sein sollte, die Überlegenheit der Demokratie gegenüber nichtdemokratischen Alternativen zu verteidigen. Wer die Aussichten der Demokratie eher skeptisch beurteilt, wird mein Projekt wiederum vermutlich nur als vergeblichen Versuch ansehen, »die Dinge ins rechte Licht zu rücken« – oder anders gesagt: sich mit der Demokratie im Augenblick ihres Sturzes solidarisch zu erklären.¹¹ Ich muss diesen Vorwürfen

11 Hier paraphrasiere ich die Formulierung, mit der Adorno in der *Negativen Dialektik* sein eigenes philosophisches Denken charakterisiert hat: als Ausdruck der Solidarität mit der Metaphysik »im Augenblick ihres Sturzes« (Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt/M. 1966, S. 400). Skeptiker, die glauben, der »demokrati-

insofern recht geben, als sich meine Argumente im Wesentlichen an demokratische Bürgerinnen und Bürger richten.¹² Ich wende mich mit diesem Buch als Bürgerin an andere Bürgerinnen und Bürger, was ich weder für überflüssig noch für unzeitgemäß halte. Bücher über Demokratie, die aus Sicht der Bürgerinnen geschrieben sind, sind rar. Die meisten sprechen aus der Beobachterperspektive der dritten Person. Sofern Bürger überhaupt darin vorkommen, wird *über* sie gesprochen, nicht *mit* ihnen. Und was dort über sie gesagt wird, ist oft ziemlich abfällig. Wie wir sehen werden, werden Bürgerinnen und Bürger in der Regel als politisch ignorant, irrational, apathisch, kindisch, unverantwortlich, mitunter sogar als tribalistisch dargestellt. Dieser Blick wird von einer bestimmten Forschungsrichtung, die sich im Wesentlichen auf empirische Untersuchungen

sche Moment« sei vergangen und wir bewegten uns auf eine »Postdemokratie« à la Crouch zu, mögen mit guten Gründen die Sinnhaftigkeit des Versuchs bezweifeln, die demokratischen Ideale ausgerechnet unter den gegebenen historischen Umständen »ins rechte Licht zu rücken«; in einer Zeit, in der nationale Demokratien rapide an Bedeutung verlieren, während sich doch keine supranationale (oder gar globale) Demokratie am Horizont abzeichnet. Mir ist sehr bewusst, dass skeptische Sichtweisen wie diese eine große Anziehungskraft besitzen. Wer sich heutzutage noch genügend für die Demokratie interessiert, um ein ganzes Buch über sie zu schreiben, dürfte zur Genüge vom Eindruck ihres drohenden Niedergangs beunruhigt sein. Doch so beängstigend die gar nicht unrealistische Vorstellung ist, dass die Demokratie überall permanent untergraben wird und sogar untergehen könnte, scheint es doch immer noch der Mühe wert zu sein, die stimmigste und attraktivste Konzeption demokratischer Prinzipien und Ideale zu artikulieren. Denn nur eine überzeugende Demokratietheorie kann uns aufzeigen, wofür es sich zu kämpfen lohnt; das gilt gleichermaßen für die heute (noch) demokratischen Gesellschaften wie für Gesellschaften, die bislang nur auf Demokratisierung hoffen. Wir brauchen eine solche Theorie auch, um die aktuellen transnationalen Veränderungen und Neuerungen beurteilen zu können, d. h., um Veränderungen und Neuerungen, die einer Demokratisierung förderlich sind, von solchen zu unterscheiden, die die Demokratie weiter beschädigen. Die schwierige Frage einer Aussicht auf transnationale oder globale Demokratie sprengt allerdings den thematischen Rahmen dieses Buches.

- 12 Unter »demokratischen Bürgerinnen und Bürgern« verstehe ich diejenigen, die sich zum Ideal der Demokratie bekennen, ganz gleich, ob sie schon in einer Demokratie leben oder nur den Wunsch danach haben. Den Begriff der Bürgerin oder des Bürgers verwende ich in diesem Sinne als eine Kurzformel, meine damit aber, wenn nicht anders angegeben, jede Person, die den Gesetzen eines Landes untersteht, ungeachtet ihres besonderen Status (beispielsweise als illegale Immigrantin oder illegaler Immigrant).